

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 23. Juni 1999

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	Nummer der Frage	Abgeordnete	Nummer der Frage
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	33, 44	Dr. Laufs, Paul (CDU/CSU)	1
Barthle, Norbert (CDU/CSU)	27, 41	Lengsfeld, Vera (CDU/CSU)	60
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4	Dr. Mayer, Martin (Siegertsbrunn) (CDU/CSU)	28
Börnsen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU) .	26, 29	Merz, Friedrich (CDU/CSU)	39, 40
Dr. Brauksiepe, Ralf (CDU/CSU)	15, 16	Müller, Bernward (Jena) (CDU/CSU)	58
Burgbacher, Ernst (F.D.P.)	53, 54	Nolte, Claudia (CDU/CSU)	59
Dehnel, Wolfgang (CDU/CSU)	55	Otto, Norbert (Erfurt) (CDU/CSU)	57
Fromme, Jochen-Konrad (CDU/CSU)	10, 11	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (F.D.P.)	7
Fuchtel, Hans-Joachim (CDU/CSU)	51, 52	Pofalla, Ronald (CDU/CSU)	12
Gehrcke-Reymann, Wolfgang (PDS)	47, 48	Dr. Ramsauer, Peter (CDU/CSU)	37, 38
Geis, Norbert (CDU/CSU)	8, 9	Dr. Rose, Klaus (CDU/CSU)	49, 50
Grund, Manfred (CDU/CSU)	61, 62	Schnieber-Jastram, Birgit (CDU/CSU)	45
Heinrich, Ulrich (F.D.P.)	5, 6	Siemann, Werner (CDU/CSU)	23, 24
Heise, Manfred (CDU/CSU)	56	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	42, 43
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	35, 36	Dr. Stadler, Max (F.D.P.)	25
Irmer, Ulrich (F.D.P.)	2, 3	Strebl, Matthäus (CDU/CSU)	30, 46
Kauder, Volker (CDU/CSU)	17, 18	Strobl, Thomas (CDU/CSU)	31, 32
von Klaeden, Eckart (CDU/CSU)	13, 14	Voßhoff, Andrea (CDU/CSU)	19, 20
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	21, 22	Weiß, Gerald (Groß-Gerau) (CDU/CSU)	34

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	14

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

1. Abgeordneter
**Dr. Paul
Laufs**
(CDU/CSU)
- Welches sind die Gründe, die den Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz zu der Feststellung veranlaßten, im Endlager Morsleben würden keine Einlagerungen mehr vorgenommen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

2. Abgeordneter
**Ulrich
Irmer**
(F.D.P.)
- Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu dem von der Weltbank geplanten Projekt in Höhe von 334 Mio. US-Dollar ein, mit dem die Ansiedlung von ca. 62 000 Han-Chinesen und anderen nicht-tibetischen Volksgruppen im Tsaidam-Becken im Nordosten von Tibet finanziert werden soll?
3. Abgeordneter
**Ulrich
Irmer**
(F.D.P.)
- Befindet sich nach Auffassung der Bundesregierung die Tatsache, daß durch die Ansiedlung der Anteil der Tibeter in der Region auf 9% reduziert werden würde, im Einklang sowohl mit dem von der Bundesregierung unterstützten Anspruch der Tibeter auf weitreichende kulturelle Autonomie als auch mit den Statuten der Weltbank, wonach bei Ansiedlungsprojekten ortsansässige Bevölkerungsgruppen nicht beeinträchtigt werden dürfen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

4. Abgeordneter
**Volker
Beck
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In wie vielen Fällen (Prozentsätze) leistet nach Kenntnis der Bundesregierung der Schuldner auf eine Mahnung des Gläubigers hin, und in wie vielen Fällen kommt der Schuldner gemäß § 284 Abs. 1 BGB in Verzug, weil er auf eine Mahnung hin nicht bezahlt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

5. Abgeordneter
**Ulrich
Heinrich**
(F.D.P.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die gesundheitlichen Wirkungen des Hormons 17- β -Östradiol insbesondere hinsichtlich einer krebserzeugenden Wirkung?
6. Abgeordneter
**Ulrich
Heinrich**
(F.D.P.)
- Wie bewertet die Bundesregierung Äußerungen von Vertretern des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz (BgVV) und weiterer Experten in der Ärztezeitung vom Mai 1999, die das körpereigene Hormon 17- β -Östradiol als nicht krebserzeugend einstufen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

7. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto**
(Frankfurt)
(F.D.P.)
- Mit welchen konkreten Auswirkungen auf die Anzahl von Fremdsprachenprogrammen, Studios und Mitarbeiter bei der Deutschen Welle rechnet die Bundesregierung, sofern die Mittelfristige Finanzplanung des Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien, Staatsminister Dr. Michael Naumann, für diesen Sender realisiert würde, worin kumulierte Kürzungen bis zum Jahre 2003 in Höhe von fast 300 Mio. DM vorgesehen sein sollen?
8. Abgeordneter
**Norbert
Geis**
(CDU/CSU)
- Ist die in der Presse wiedergegebene Aussage des Steuerberaters von Bundesminister Bodo Hombach zutreffend, Bodo Hombach habe für seinen Hausbau einen Zinssatz von 7% bei zehn Jahren Laufzeit erhalten – an den Effektivzins erinnerte sich der Steuerberater nicht genau –, der „leicht über dem normalen Satz“ gewesen sei (Bonner General-Anzeiger vom 4./5. Juli 1998), und wenn ja, wie erklärt Bundesminister Bodo Hombach, daß dieser Zinssatz noch unterhalb der niedrigsten Effektivzinssätze lag, die die Bundesbank in einer Übersicht entsprechender Kredite für das Jahr 1986 ausweist?

9. Abgeordneter
Norbert Geis
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß die Kosten für den Hausbau von Bodo Hombach beim Richtfest im August 1986 die Millionengrenze längst überschritten hatten (vgl. DER SPIEGEL vom 8. Juni 1998), und wenn ja, wie setzten sich die Kosten zusammen?
10. Abgeordneter
Jochen-Konrad Fromme
(CDU/CSU)
- Hat Bundesminister Bodo Hombach für den Monat Oktober 1998 neben seinen Amtsbezügen als Bundesminister und seiner Abgeordnetenentschädigung als Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen Amtsbezüge als Minister für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen erhalten?
11. Abgeordneter
Jochen-Konrad Fromme
(CDU/CSU)
- Hat Bundesminister Bodo Hombach in seiner Zeit als Bundesminister Aufwandsentschädigung auf Grund seines Landtagsmandats und Übergangsgelder nach seinem Ausscheiden als Landtagsabgeordneter erhalten?
12. Abgeordneter
Ronald Pofalla
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung nicht bekannt, mit Ablauf welchen Kalendertages die Immunität und das Mandat von Bundesminister Bodo Hombach als Abgeordneter des Landtages Nordrhein-Westfalen endete, wie aus ihren Antworten vom 19. März 1999 (Drucksache 14/577) und vom 19. Mai 1999 (Drucksache 14/1071, Antwort auf die Fragen 14 und 21 einer Kleinen Anfrage) zu schließen ist?
13. Abgeordneter
Eckart von Klaeden
(CDU/CSU)
- Welche rechtlichen Vereinbarungen bestanden zwischen der Veba bzw. dem Bauleiter von Bodo Hombachs Hausbau, und Bodo Hombach betreffend die Leistungen für den Hausbau von Bodo Hombach, und ist es zutreffend, daß der Bauleiter „vertragsgemäß nach üblichen Sätzen“ bezahlt wurde (DER SPIEGEL vom 8. Juni 1998)?
14. Abgeordneter
Eckart von Klaeden
(CDU/CSU)
- Ist die in der Presse wiedergegebene Aussage des Bauleiters von Bodo Hombach zutreffend, daß „Herr Hombach definitiv in den tatsächlichen Kostenrahmen eingebunden war“ und er ihm die zu erwartende Mehrarbeit „persönlich mitgeteilt“ habe (Stern vom 11. März 1999)?

15. Abgeordneter
Dr. Ralf Brauksiepe
(CDU/CSU)
- Ist aus der Antwort der Bundesregierung vom 19. Mai 1999 (Drucksache 14/1701, Antwort auf die Frage 12) zu schließen, daß nach dem Inhalt der Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft Bochum in der sog. Veba Immobilien-Affäre zwar nicht Zeugen, wohl aber Beschuldigte behaupten, daß Bodo Hombach im Zuge seines Hausbaus um Vergünstigungen bat oder er mit Beschuldigten darüber gesprochen hat?
16. Abgeordneter
Dr. Ralf Brauksiepe
(CDU/CSU)
- Inwieweit vermitteln ausweislich dieser Akten die Aussagen von Zeugen und Beschuldigten ein Bild, das im Hinblick auf den Hausbau von Bodo Hombach mit dem tatsächlichen Geschehensablauf nicht übereinstimmt, und inwieweit geben diese Aussagen Aufschluß darüber, daß Kosten für Leistungen für den Hausbau von Bodo Hombach auf zum Veba-Konzern gehörende Unternehmen bzw. deren Projekte verlagert worden sein sollen?
17. Abgeordneter
Volker Kauder
(CDU/CSU)
- Wie ist die Behauptung von Bundesminister Bodo Hombach, er habe „alle angefallenen Baukosten für sein Haus ausnahmslos selbst bezahlt“ (DER SPIEGEL vom 8. Juni 1998) vereinbar mit seiner späteren Aussage, daß Kosten für Sicherheitsmaßnahmen in seinem Haus von seinem damaligen Arbeitgeber übernommen worden seien (Stern vom 11. März 1999), und wie hoch waren die Kosten für diese Sicherheitsmaßnahmen?
18. Abgeordneter
Volker Kauder
(CDU/CSU)
- Wie erklärt Bundesminister Bodo Hombach, daß er laut Süddeutscher Zeitung vom 8. Februar 1999 ausweislich der vorgelegten Zahlungsnachweise für Rechnungen im Zusammenhang mit seinem Hausbau „für einen 200 Quadratmeter großen Garten und die Pflasterung“ 154 459,40 DM überwiesen haben soll, die C & L Deutsche Revision hingegen in ihrem Gutachten vom 10. März 1999 Kosten für Grünflächen und Bepflanzung für 300 Quadratmeter zugrunde gelegt hat?
19. Abgeordnete
Andrea Voßhoff
(CDU/CSU)
- Hält Bundeskanzler Gerhard Schröder den Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramtes Bodo Hombach für seine Aufgaben als Chef des Bundeskanzleramtes geeignet, nachdem die Bundesregierung in ihrer Antwort vom 19. Mai 1999 auf eine Kleine Anfrage (Drucksache 14/1071) erklärt hat, daß Bundesminister

Bodo Hombach als Zeitpunkt der Niederlegung seines Landtagsmandates den 31. Dezember 1998 erklären wollte, er dies aber tatsächlich nicht erklärte?

20. Abgeordnete
**Andrea
Voßhoff**
(CDU/CSU)

Welche Konsequenzen zieht Bundeskanzler Gerhard Schröder aus den Ergebnissen der Einsicht in die staatsanwaltschaftlichen Akten der sog. Veba Immobilien Affäre durch den Rechtsanwalt von Bundesminister Bodo Hombach, wonach die in den Akten enthaltenen Aussagen von Zeugen und Beschuldigten ein anderes Bild über das Hausbaugeschehen von Bundesminister Bodo Hombach vermitteln, als es Bundesminister Bodo Hombach für richtig hält?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

21. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Vertreibungen der Deutschen am Ende oder nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges als Völkermord zu qualifizieren, und wie begründet die Bundesregierung ihre Auffassung vor allem vor dem Hintergrund der Tatsache, daß der Bundesgerichtshof in dem Urteil vom 30. April 1999 (Az.: 3 StR 215/98) in den Vertreibungen, Mißhandlungen und vorsätzlichen Tötungshandlungen, die in Bosnien-Herzegowina im Jahre 1992 im Rahmen sogenannter ethnischer Säuberungen an bosnischen Muslimen begangen wurden, den Tatbestand des Völkermordes erfüllt sieht?

22. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, daß der tschechische Finanzminister Ivo Svoboda mit einer Regierungsvorlage verhindern will, daß Ausländer aus Staaten der Europäischen Union nach einem Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union Immobilien in der Tschechischen Republik erwerben können, und erwägt die Bundesregierung gegebenenfalls insoweit diplomatische Schritte gegenüber der Tschechischen Republik vor dem Hintergrund der bislang stets betonten Notwendigkeit, daß nach einem Beitritt zur Europäischen Union der gemeinsamen rechtliche Besitzstand auch bei den neuen Mitgliedern Geltung erlangen müsse?

23. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, daß es Kräfte in der Bundesrepublik Jugoslawien gibt, die darauf hinwirken, daß Präsident Milosevic sein Amt niederlegt, und wie bewertet die Bundesregierung die Erfolgsaussichten?
24. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um zu erreichen, daß der jugoslawische Präsident Milosevic sein Amt aufgibt?
25. Abgeordneter
**Dr. Max
Stadler**
(F.D.P.)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. zum Europol-Immunitätenprotokollgesetz (Drucksache 13/10202, angenommen vom Plenum des Deutschen Bundestages am 27. März 1998 zu entsprechen, in dem es wörtlich heißt: „Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Frage der Gewährung von Immunitäten sowie von Ausnahmen von der nationalen Besteuerung nicht nur bei Europol, sondern auch bei anderen internationalen Einrichtungen zu überprüfen. Bei europäischen Einrichtungen ist Immunität nur noch zu gewähren, soweit dies angesichts der fortschreitenden Integration der Mitgliedstaaten in der EU zwingend erforderlich ist“?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

26. Abgeordneter
**Wolfgang
Börnßen
(Bönstrup)**
(CDU/CSU)
- Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung den politischen Stiftungen zu, die durch ihre Arbeiten über alle Parteigrenzen hinweg das Verständnis und die Akzeptanz unserer Demokratie, insbesondere im innerdeutschen Vereinigungsprozeß, nachhaltig zu verbessern helfen, und welche Folgerungen zieht sie daraus für die Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Bundeshaushalt 2000?

27. Abgeordneter
**Norbert
Barthle**
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Gefahr durch das sog. „Jahr-2000-Problem“ für die Bundesrepublik Deutschland, insbesondere auch hinsichtlich der Computer und Datenverarbeitungssysteme in der Öffentlichen Verwaltung, und hat die Bundesregierung das Erforderliche unternommen, um mögliche Sicherheitsrisiken im Bereich der Öffentlichen Verwaltung auszuschließen?*)
28. Abgeordneter
**Dr. Martin
Mayer**
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)
- Bis wann ist die Bundesregierung in der Lage, den Abgeordneten die Antworten auf schriftliche Fragen an die Bundesregierung auf Wunsch auch über elektronische Post (E-Mail) zuzusenden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

29. Abgeordneter
**Wolfgang
Börnsen**
(Bönstrup)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den E U-Bericht zu den arbeitsmarktpolitischen Folgen des Wegfalls der Duty-free-Regelung vom 17. Februar 1999, der zum Ergebnis kommt, daß nur dann „per Saldo mit neuen Arbeitsplätzen“ in den strukturschwachen norddeutschen Regionen, in denen der Duty-free-Handel bislang fast 10000 Arbeitsplätze gesichert hat, zu rechnen ist, wenn die zu erwartenden Steuermehreinnahmen „zur Senkung der indirekten Steuern insgesamt verwendet“ werden, und falls die Bundesregierung dieser Analyse zustimmt, auf welche Art und Weise wird sie diese E U-Empfehlung in das nationale Verbrauchsteuer-system umsetzen?
30. Abgeordneter
**Matthäus
Strebl**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, das Erziehungsgeld zu kürzen, um den Kinderfreibetrag anzuheben, und plant die Bundesregierung, die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nur durch die Anhebung des Kinderfreibetrags zu erfüllen?

*) s. hierzu auch Frage 41

31. Abgeordneter
Thomas Strobl
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung im Rahmen ihres Sparprogramms für den Haushalt 2000, die Erträge aus Lebensversicherungen, die nicht der Altersvorsorge dienen, mit 25 Prozent zu versteuern und welche Versicherungsformen dienen in diesem Zusammenhang nach Meinung der Bundesregierung der Altersversorgung?
32. Abgeordneter
Thomas Strobl
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung die Streichung der steuerlichen Absetzbarkeit der Bewirtungsspesen, und wie beurteilt die Bundesregierung die Kritik des Hotel- und Gaststättenverbandes, daß durch eine solche Maßnahme „einer noch halbwegs funktionierenden Branche der Dolchstoß versetzt würde“ (Kölner Stadtanzeiger vom 14. Juni 1999)?
33. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)
- Um wieviel müßte das Kindergeld im Jahre 2000 erhöht werden, um eine Erhöhung der Netto-Lohn-Quote um 2,5 Punkte zu erreichen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

34. Abgeordneter
Gerald Weiß
(Groß-Gerau)
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen wird es auf die Arbeitsplätze und insgesamt die mittelständischen Existenzen im Bereich der etwa 6 000 Paßbildfotografen in Deutschland haben, wenn – wie als Projekt DIGANT von der Bundesdruckerei auf der CeBit testweise vorgestellt – die Paßfotos künftig auf der Meldebehörde aufgenommen und in ein elektronisches Formular eingescannt werden sollen?
35. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Richtlinie über die Förderung von Unternehmensberatung für kleine und mittlere Unternehmen insoweit zu ändern, daß Mitarbeiter von Technologie- und Gründerzentren den Beratern von Beratungsunternehmen gleichgestellt werden in bezug auf die Bezuschussung von Beratungen?

36. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung die Ziffer 4.1 der Richtlinie über die Förderung von Unternehmensberatungen für kleine und mittlere Unternehmen vom 26. Juni 1997 streichen, wonach nur Beratungen von selbständigen Beratern oder Beratungsunternehmen gefördert werden können, deren überwiegender Geschäftszweck auf entgeltliche Unternehmensberatung gerichtet ist?
37. Abgeordneter
Dr. Peter Ramsauer
(CDU/CSU)
- Wann wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie dem Deutschen Bundestag nach § 4 Abs. 4 Stromeinspeisungsgesetz (StrEG) für 1999 über die Auswirkungen der Härteklausel des Stromeinspeisungsgesetzes berichten?
38. Abgeordneter
Dr. Peter Ramsauer
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die tatsächliche Entwicklung des Ausbaus der erneuerbaren Energien voraussichtlich dazu führen wird, daß schon mit Wirkung vom 1. Januar 2000 im Bereich einiger – vor allem norddeutscher – Energieversorgungsunternehmen die Abnahmeverpflichtung und Vergütungsregelung des Stromeinspeisungsgesetzes entfallen, wenn nicht rechtzeitig im Jahre 1999 eine andere Ausgleichsregelung gefunden wird?
39. Abgeordneter
Friedrich Merz
(CDU/CSU)
- In welcher Höhe und von wem (Bund, Länder, Gemeinden und Europäische Union) erhalten Sägewerksbetriebe in den neuen Ländern Zulagen, Zuschüsse, Beihilfen oder sonstige öffentliche Mittel?
40. Abgeordneter
Friedrich Merz
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der mit öffentlichen Mitteln errichteten zusätzlichen Sägewerkskapazitäten in den neuen Ländern auf bestehende Kapazitäten in den alten Bundesländern, und welche Betriebe sind nach Kenntnis der Bundesregierung von dem Wettbewerb durch subventionierte Großbetriebe besonders betroffen?
41. Abgeordneter
Norbert Barthle
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung ihre Möglichkeiten ausgeschöpft, in der deutschen Öffentlichkeit, bei Unternehmen und privaten Computernutzern auf die möglichen Gefahren und Probleme durch das sog. „Jahr-2000-Problem“ hinzuweisen, und wie schätzt sie den Erfolg ihrer Bemühungen ein?*)

*) s. hierzu auch Frage 27

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Sozialordnung**

42. Abgeordneter
**Johannes
Singhammer**
(CDU/CSU)
- Wie stellen sich nach Ansicht der Bundesregierung die Auswirkungen einer Anpassung der Renten- und Beamtenbezüge in Höhe der Inflationsrate für die nächsten beiden Jahre für die Rentner und Beamten, insbesondere für eine Durchschnittsrente und ein durchschnittliches Beamtengehalt dar, und plant die Bundesregierung im Rahmen ihres Sparprogramms eine Anpassung der Renten und Beamtenpensionen nur in Höhe der Inflationsrate?
43. Abgeordneter
**Johannes
Singhammer**
(CDU/CSU)
- In welche Anlageformen sollen nach Ansicht der Bundesregierung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zukünftig zwangsweise Lohnbestandteile abführen, und wie beurteilt die Bundesregierung auch allgemein die Auswirkungen von Einkommenseinbußen durch Zwangssparen auf die zukünftigen Tarifverhandlungen?
44. Abgeordneter
**Dietrich
Austermann**
(CDU/CSU)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Auswirkungen des höheren Kindergeldes ab 1. Januar 1999 (30 DM) und eines voraussichtlich darüber hinaus um 20 DM erhöhten Kindergeldes ab 1. Januar 2000 auf die Netto-Lohn-Quote ein?
45. Abgeordnete
**Birgit
Schnieber-Jastram**
(CDU/CSU)
- Wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, daß es seit Januar 1999 keine neuen Angaben über die Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland gibt und die Fortschreibung der monatlichen Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen zuletzt im Februar 1999 erfolgte?
46. Abgeordneter
**Matthäus
Strebl**
(CDU/CSU)
- Wie stellen sich nach Ansicht der Bundesregierung die Auswirkungen eines Sozialversicherungsbeitrages für Arbeitslose nur noch in Höhe des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe auf die zukünftigen Rentenbezüge bei einem einjährigen Arbeitslosengeld- bzw. Arbeitslosenhilfebezug für einen Arbeitslosen mit vorherigem Verdienst in Höhe des Durchschnitts aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dar, und plant die Bundesregierung im Rahmen des Sparprogramms, für Arbeitslose Sozialversicherungsbeiträge nur noch in Höhe des Arbeitslosengeldes bzw. der Arbeitslosenhilfe abführen zu lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

47. Abgeordneter
**Wolfgang
Gehrcke-Reymann**
(PDS)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Meldungen (s. Berliner Zeitung vom 17. Juni 1999), wonach die UCK sich zunehmend Befugnisse öffentlicher Gewalt, wie bewaffnete Patrouillengänge, die Einrichtung von Kontrollstellen, die Besetzung öffentlicher Einrichtungen, die Kontrolle über Tankstellen u. ä. insbesondere, aber nicht allein in Prizren aneignet und dies von seiten des Bundeswehranteils an KFOR, aber auch der NATO insgesamt geduldet, wenn nicht sogar gefördert wird?
48. Abgeordneter
**Wolfgang
Gehrcke-Reymann**
(PDS)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Interpretation der NATO, wonach die Demilitarisierung der UCK keineswegs ihre tatsächliche und völlige Entwaffnung bedeute, sowie die offenbar tatsächlich nicht erfolgende Entwaffnung der UCK und die von der NATO geduldete Übernahme eines großen Teils der öffentlichen Gewalt durch die UCK einen positiven Beitrag dazu leisten, allen im Kosovo lebenden Menschen das Gefühl gleich sicherer Lebensbedingungen zu geben bzw. der nicht-albanischen Bevölkerung des Kosovo entgegenwirken?
49. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Rose**
(CDU/CSU)
- Welche Zukunft sieht die Bundesregierung für die Standortbekleidungskammern der Bundeswehr, und welche Möglichkeiten sieht sie insbesondere für den Fortbestand der Standortbekleidungskammer in Kirchham?
50. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Rose**
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung bei der bisherigen Vorgehensweise zur Auflösung von Standortbekleidungskammern einen Verstoß gegen die Grundsätze des Bundespersonalvertretungsgesetzes, besonders gegen die §§ 72 und 78?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

51. Abgeordneter
Hans-Joachim Fuchtel
(CDU/CSU)
- Hat es seit dem Regierungswechsel Umplanungen bei den Baumaßnahmen an den Regierungsgebäuden gegeben, und aus welchem Grunde wurden diese ggf. im einzelnen erforderlich?
52. Abgeordneter
Hans-Joachim Fuchtel
(CDU/CSU)
- Welche Kosten wurden in bezug auf die einzelnen Bundesministerien dadurch ggf. verursacht?
53. Abgeordneter
Ernst Burgbacher
(F.D.P.)
- Welche Möglichkeiten gibt es, an Autobahnen auf touristische Gebiete, z. B. Täler, oder touristische Sehenswürdigkeiten hinzuweisen?
54. Abgeordneter
Ernst Burgbacher
(F.D.P.)
- Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, an Autobahnausfahrten Ortsnamen durch entsprechende Landschaftsbezeichnungen, z. B. Waldkirch (Elztal), zu ergänzen?
55. Abgeordneter
Wolfgang Dehnel
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, ein besonderes Programm zur Finanzierung des kommunalen Straßenbaus in den neuen Bundesländern zu erarbeiten, und wenn ja, würde dieses mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt finanziert werden?
56. Abgeordneter
Manfred Heise
(CDU/CSU)
- Wie hoch beziffert die Bundesregierung die europäischen Fördermittel, die bislang für den Bau des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit Nr. 8, speziell für die Teilstrecke Nürnberg — Erfurt, eingesetzt worden sind, und welche Summe wird die Bundesregierung für die kommenden Jahre bei der Europäischen Union beantragen?

57. Abgeordneter
Norbert Otto
(Erfurt)
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Feststellung des Europäischen Rates zur Notwendigkeit der Aufstockung von Mitteln für den Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze sowie die Aufforderung an die Mitgliedstaaten zur Benennung weiterer prioritärer Projekte vor dem Hintergrund der von ihr selbst veranlaßten Überprüfung des Ausbaus eines deutschen Teilstücks der transeuropäischen Strecke Verona — Malmö (Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 8), für den das Baurecht für bereits planfestgestellte Trassenabschnitte in Thüringen im ersten Quartal 2000 verfällt?
58. Abgeordneter
Bernward Müller
(Jena)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Europäische Union für den Aufbau von transeuropäischen Verkehrsnetzen zusätzlich weitere Mittel bereitstellen könnte, wenn die EU aus dem Strukturfonds bereits mit 3 Mrd. DM Verkehrsprojekte in den neuen Bundesländern fördert, die nicht zu den transeuropäischen Netzen zählen?
59. Abgeordnete
Claudia Nolte
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Förderquote für neue Verkehrswege, die nicht zu den transeuropäischen Verkehrsprojekten zählen, höher sein kann als für Projekte, die in den gemeinsamen Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes genannt sind, und wenn ja, wie ist dieser Tatbestand vereinbar mit den Beschlüssen des Europäischen Rates vom Juni 1999 in Köln, die einen vorrangigen Aufbau der transeuropäischen Verkehrsnetze fordern?
60. Abgeordnete
Vera Lengsfeld
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der EU-Fördermittelanteil für grenzüberschreitende, transeuropäische Verkehrsnetze bis zu 20 Prozent betragen kann, und wenn nicht, wie hoch ist der maximal mögliche Förderbetrag der EU?
61. Abgeordneter
Manfred Grund
(CDU/CSU)
- Wie viele Fördermittel der Europäischen Union kann die Bundesregierung für die Realisierung der Hochgeschwindigkeitsschienenverbindung „Verona — München — Erfurt — Halle/Leipzig — Berlin — Malmö“ auf deutschem Boden (Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 8) einsetzen, und welche Mittel stehen für alle transeuropäischen Verkehrswege insgesamt zur Verfügung?

62. Abgeordneter
Manfred
Grund
(CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die vom Europäischen Rat vorgeschlagene Möglichkeit einer öffentlich-privaten Mischfinanzierung des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit Nr. 8 für realisierbar?

Bonn, den 18. Juni 1999